

öffentliche Sitzung

Federführend: 3.2 - Jugend	AZ: Berichtersteller/-in: Herr Spaltner
Beratungsfolge: Datum Gremium Jugendhilfeausschuss	
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 28.10.2009 auf Einrichtung eines Jugendparlamentes	

Bürgermeister

Erster Beigeordneter

Techn. Dezernent

Kämmerer

Pers. Referent des BM

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Die vom Antragsteller – Fraktion die Linke - dargestellte Position wurde bereits in die Planung zukünftiger Beteiligungsmodelle integriert.

Die Verwaltung wird hierzu in einer der nächsten Sitzungen einen Bericht zum Projektstand vortragen.

Darstellung der Sachlage:

Die Entwicklung und Verbreitung von Partizipationsangeboten in Deutschland ist im Wesentlichen auf gesetzliche Regelungen zurückzuführen, welche die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen einfordern. Maßgeblich für diese Entwicklung sind das SGB VIII von 1991 und die UN-Kinderrechtskonvention, die für die Bundesrepublik seit 1992 in Kraft ist. Zudem ist in NRW seit Oktober 2004 die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch das 3. AG-KJHG – KJFöG geregelt

Das SGB VIII fordert in § 8, Abs. 1 neben dem Anspruch, zur Schaffung von positiven Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien (§ 1, Abs. 3 KJHG), ausdrücklich die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen - entsprechend ihrem Entwicklungsstand - an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe.

Das 3. AG-KJHG – KJFöG schreibt in § 6 den Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vor: Kinder und Jugendliche sind an allen ihre Interessen berührenden Planungen, Entscheidungen und Maßnahmen, insbesondere bei der Wohnumfeld- und Verkehrsplanung, der bedarfsgerechten Anlage und Unterhaltung von Spielflächen sowie der baulichen Ausgestaltung öffentlicher Einrichtungen in angemessener Weise zu beteiligen.

Aktuelle Beteiligungsbeispiele in Alsdorf:

Eine kürzlich durchgeführte Abfrage bei den Jugendeinrichtungen in Alsdorf kam zu dem Ergebnis, dass es hier sowohl strukturierte wie auch projektorientierte Beteiligungsformen gibt:

Im städtischen Jugendtreff „Altes Rathaus“ findet regelmäßig eine „Jugendtreffversammlung“ statt. Hier planen die Jugendliche und die pädagogischen MitarbeiterInnen der Jugendeinrichtung gemeinsam Freizeitangeboten, diskutieren über die Gestaltung der Einrichtung oder suchen nach Lösungsansätzen bei Problemen, die sich in der Nutzergemeinschaft des Hauses ergeben. Darüber hinaus findet im halbjährlichen Turnus ein „Hausversammlung“ statt. Hier sitzen alle Nutzer des Hauses Aachener Straße 1 – auch die Jugendlichen - gemeinsam an einem Tisch, um das „nachbarschaftliche Miteinander“ sowie gemeinsame Veranstaltungen zu organisieren.

In der K.O.T. St. Castor werden die Kinder und Jugendlichen einmal im halben Jahr anhand eines Fragebogen nach ihren Angebotswünsche und Interessen befragt.

Mit Jugendlichen wird eine monatliche Planungsrunde durchgeführt und ab März plant der Leiter der Einrichtung einen Kinder- und Jugendrat in der Einrichtung zu installieren.

Im „Aber Hallo“ Jugendzentrum Busch werden die Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bei der Planung neuer Projekte, im Besonderen bei der Ideenfindung beteiligt. Der Leiter der Einrichtung möchte hierdurch ein größtmögliches Maß an Beteiligung bei der Organisation und Durchführung der Angebote und Projekte erreichen.

In der Vergangenheit hat es bereits Versuche von Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche gegeben, u.a. in Form eines Kinder- u. Jugendforums. Hiernach wurde jedoch deutlich, dass aufgrund fehlender Umsetzungsmöglichkeiten der hier angeregten Veränderungen das Interesse bei den Kinder u. Jugendlichen stark nachließ. Insoweit gibt es z.Zt. auf der kommunalen Ebene keine strukturierte Beteiligungsform für Kinder und Jugendliche.

In verschiedenen Planungsgremien der Jugendhilfe (Planungsgruppe Jugendarbeit, Arbeitskreis Prävention/Jugendhilfe-Schule) wurde und wird nach Möglichkeiten der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gesucht. Hier ist man in der Sitzung des „Arbeitskreis Prävention/Jugendhilfe Schule“ am 22.02.2010 zu dem Ergebnis gekommen, gemeinsam mit Schüler/innen der Alsdorfer Schulen, Fachleuten aus der Jugendarbeit und Lehrern anhand von Best Practice Beispielen ein Beteiligungsmodell für Alsdorf zu entwickeln.

